

CHARLES T. Z. CHUNG

Politische Hintergründe der Südkoreanerverschleppung

Anfang Juli 1967 wurde die bundesdeutsche Öffentlichkeit von einer Entführung ohnegleichen, der Verschleppung zahlreicher südkoreanischer Staatsbürger überrascht, alarmiert und beunruhigt. Schlagzeilen meldeten „Wachsende Unruhe über Verschwinden von südkoreanischen Staatsbürgern!“ (*Frankfurter Rundschau*) oder „Jetzt sechzehn Südkoreaner verschwunden“ (*Frankfurter Allgemeine*). Zugleich las man „Bonn fordert von der koreanischen Botschaft Aufklärung“ (*Frankfurter Allgemeine*).

Die Aufklärung kam in einer nicht zensierten südkoreanischen offiziellen Tageszeitung, *Hankook Ilbo*, am 7. 7. 1967:

„Eine gegen den Süden gerichtete Untergrundorganisation der ‚nördlichen Teufel‘ ist zerschlagen!“ „Sieben der Verhafteten pflegten Kontakte mit P’yongyang!“ „Entlohnung der Spionagearbeit belief sich über 100 000 US-Dollars.“ „Professoren, Künstler, hohe Beamte und Studenten, insgesamt 194 Personen, wurden verhaftet!“

„Auf Grund des *nationalen Sicherheitsgesetzes* und des *Anti-Kommunisten-Gesetzes* befinden sich die Beschuldigten in der Untersuchungshaft“, so erklärte der Chef des südkoreanischen Geheimdienstes (auch südkoreanische CIA genannt. Vergleichbar mit der sowjetischen NKWD in der Stalinzeit!) laut *Hankook Ilbo*. Kein Wort davon, daß die von der Verschleppung Betroffenen „freiwillig“ nach *Seoul* geflogen waren, „um ihre Unschuld vor einem ordentlichen Gericht zu beweisen“. Für die südkoreanischen Behörden stand es vor der gerichtlichen Verhandlung bereits eindeutig fest, die Entführten seien politische Verbrecher bzw. Spione. Um die Öffentlichkeit zu beeinflussen, suchte die offizielle Stelle in *Seoul* „die böartigen Absichten der nördlichen Teufel“ bloßzustellen und die Nützlichkeit und die Erfolge der CIA-Tätigkeit unter Beweis zu stellen.

In der Bundesrepublik kennt man durch die Fülle der Berichte und Proteste zwar gewisse Bestandteile dieser Affäre, aber was tatsächlich geschah, vor allem was die politischen Motive und Hintergründe anbelangt, ist bisher im Laufe eines ganzen Jahres nur andeutungsweise ans Tageslicht gekommen.

Die Aufklärung über das, was die südkoreanischen Behörden noch der deutschen Öffentlichkeit schuldig sind, versucht dieser Aufsatz möglichst sachgerecht nachzuholen.

I

Behandlung in Seoul

Nach den Aussagen derjenigen Verschleppten, die inzwischen wieder in die Bundesrepublik zurückgekehrt sind, lassen sich die Arten der „Verbrechen“ der Entführten in

drei Kategorien aufteilen (entsprechend diesen Kategorien behandelten die südkoreanischen Beamten die Entführten):

- a) diejenigen, die intellektuell gegen die bestehende südkoreanische „Verfassung“ verstoßen haben;
- b) diejenigen, die partiell politische „Verbrechen“ begangen haben;
- c) diejenigen, die „große Verbrechen“ begangen haben, indem sie „enge Kontakte“ mit den Nordkoreanern in *Ost-Berlin* unterhalten haben, hzw. in P'yongyang gewesen sind.

Die zur ersten Kategorie Gehörigen haben insofern gegen die bestehende südkoreanische Verfassung verstoßen, als sie keinen Hehl daraus machten, daß sie der regierenden Partei bzw. Clique in Südkorea vorwarfen, korrupt zu sein und die letzte Wahl verfälscht zu haben. Sie gehörten auch zu der Gruppe in Deutschland, die demonstrativ an keiner Veranstaltung der Botschaft in Bonn teilnahm. Sie verachteten die Einladungen der Botschaft als Bestechungsmanöver und warfen denjenigen koreanischen Studenten, die solche Einladungen annahmten, Charakterlosigkeit vor. Diese „frechen Knaben“, die im Grunde unpolitisch sind, vertreten dennoch, aus emotionellen Gründen, eine Wiedervereinigungspolitik für Korea nach dem Konzept der Konföderation im Wehnerschen Sinne. Dies gilt deswegen als verfassungswidrig, weil die Nordkoreaner dasselbe vorschlagen.²⁾ Für die Herrschenden in Südkorea sind diese Studenten deswegen eindeutig Verbrecher, weil sie die wirtschaftlichen Fortschritte in Nordkorea anerkennen und die unabhängige Haltung der Demokratischen Volksrepublik Korea im sozialistischen Lager bewundern. Dieser Typus der Verschleppten wurde nach eindringlicher „Bearbeitung“ von der südkoreanischen politischen Polizei mit den „besten Empfehlungen“ freigelassen. Nach einer ausführlichen Stadtrundfahrt durch Seoul und mit einer gewissen Entschädigung flogen sie auf Staatskosten in die Bundesrepublik zurück.

Erwartungsgemäß beantworteten sie die Fragen der bundesdeutschen Behörden und der Journalisten, so wie es ihnen empfohlen worden ist. Fragt man sie privat, vor allem nach einigen Gläsern Bier, so zeigen sie indirekt doch ihr Unbehagen. Auf die Frage, ob sie freiwillig nach Seoul gereist seien, sagen sie: „Was würdest du an meiner Stelle tun, wenn deine Eltern dir befahlen, nach Hause zu kommen!“ Wenn man sie fragt: „Hast du es schwer gehabt, bist du gefoltort worden?“ Dann kommt die Antwort: „Die anderen haben wahrscheinlich mehr bekommen als ich. Ich hatte immer Hunger und Durst und war immer müde.“ Seit ihrer Rückkehr nach Deutschland sprechen sie nicht mehr von *Abendroth* oder *Flechtheim*, eine Haltung, die man von diesen früher nicht erwartet hatte. Sie führen nun ein „anständiges Leben“.

Im allgemeinen zeigen die Koreaner hüben wie drüben dem zweiten Typus der Verschleppten gegenüber großes Bedauern. Denn nach Ansicht der Zurückgekehrten sind diese Personen harmlos und schuldlos, auch gemessen an den bestehenden südkoreanischen Verhältnissen. Sie sind lediglich dafür bestraft worden, daß sie Fahrgelder oder sonstige finanzielle Unterstützungen von den Nordkoreanern in Ost-Berlin erhalten haben, als sie darum gebeten haben. Da sie die erforderliche finanzielle Hilfe von der südkoreanischen Botschaft in Bonn nicht erwarten konnten, und da sie aus verschiedensten Gründen nicht in der Lage waren, körperlich zu arbeiten, um Geld zu verdienen, gingen sie nach Ost-Berlin, wo ihnen großzügig geholfen wurde und wo sie Verständnis für ihre Schwierigkeiten fanden. Dennoch dachten sie nicht daran, engere Kontakte mit den Nordkoreanern zu pflegen. Diese Koreaner sind dafür abgeurteilt worden (ein bis fünf Jahre Gefängnis), daß sie hilflos und in finanziellen Nöten waren. Weil sie, ohne zu zögern, ihre Situation den CIA-Beamten unter Tränen klarzumachen versuchten, Ge-

2) Kim Ilsong z. B. in einem Brief an den Vorsitzenden des Institutes für Koreaforschung in Washington, am 4. 1. 1967, veröffentlicht in: Kim Ilsong, For the Independent Unification of Korea, Pyongyang 1967.

ständnisse ablegten, um mildernde Umstände gebeten hatten, waren sie verhältnismäßig „gut“ behandelt worden, auf jeden Fall viel besser als die „intellektuellen Verbrecher“.

Nach der bestehenden südkoreanischen „Verfassung“ gilt die dritte Kategorie der Verschleppten als schlimmste Verbrecher schlechthin. Gewiß besteht ein großer Unterschied, qualitativ gesehen, zwischen den Angehörigen dieser Kategorie und den ersten beiden. Sie genießen einen Ruf als hervorragende Wissenschaftler oder Künstler. Unter den Koreanern sind sie beliebt und werden bewundert. Hierzu gehört u. a. auch der Komponist *hang Yun*. Dennoch: Sie sollen angeblich als Handlanger der „nördlichen Teufel“ fungiert haben. „Tatbestand“ ihres Verbrechens: eine Verschwörung gegen das südkoreanische Regime beabsichtigt zu haben; größere Summen von den „nördlichen Teufeln“ erhalten zu haben; „subversive“ Tätigkeit gegen das bestehende Regime in Südkorea unternommen zu haben; *P'yongyang* besucht zu haben als Landesverrat! Als sogenanntes Beweismaterial berief sich die südkoreanische Staatsanwaltschaft auf „Aussagen unbekannter Personen“ und wies auf ein gewisses Codesystem hin, welches in den Briefen der Angeklagten zu finden sei.

Hierzu: In Anbetracht des strengen Anti-Kommunisten-Gesetzes und des nationalen Sicherheitsgesetzes pflegt ein normaler Südkoreaner nie und nimmer offene Briefe zu schreiben, wenn er dem Empfänger etwas Politisches, das nicht gerade das bestehende Regime lobt, mitzuteilen wünscht. Denn jedermann weiß, daß Briefe normalerweise von den Behörden hemmungslos geöffnet werden. Aus der Befürchtung, Repressalien zu erleiden, schreibt man daher gewöhnlich politische Dinge in Form von Metaphern oder Symbolen. Es ist mehr als lächerlich, diese „Sprache durch die Blume“ als Codesystem auszulegen und als Beweismaterial gelten zu lassen. Daß diese Angeklagten in keiner Weise „subversive Tätigkeit“ in der Bundesrepublik unternommen haben, soweit man es überblicken kann, kann jeder, der diese Menschen einigermaßen kennt, bestätigen. Wenn man beispielsweise mit Herrn Yun seinerzeit befreundet war, hatte man nie den Eindruck, er verfüge über Zehntausende US-Dollars. Was er sich tatsächlich geleistet hatte war, einmal einen Konsul der südkoreanischen Botschaft in Bonn wegen Faulheit, Unzulänglichkeit und Gleichgültigkeit im Rahmen der Verantwortlichkeit der Botschaft auf einer Tagung persönlich anzugreifen.

Um Geständnisse zu erzwingen, sollen diese koreanischen Persönlichkeiten äußerst „scharf“ und „hart“ von den CIA-Beamten „behandelt“ worden sein. Wenn man sich in den Foltermethoden der Japaner im zweiten Weltkrieg auskennt, die sich nun die südkoreanischen Beamten zu eigen machen, dann fällt es nicht schwer, sich vorzustellen, daß die Betroffenen sich lieber einen schnellen Tod wünschten als in solchen unmenschlichen Zuständen weiterzuleben. Bekanntlich hat Yun tatsächlich versucht, im Gefängnis Selbstmord zu begehen. Angesichts dieser Tatsachen ist es unwesentlich, festzustellen, ob die Schauprozesse ordnungsgemäß nach den bestehenden südkoreanischen Prozeßordnungen verlaufen sind oder nicht!

II

Der politische Hintergrund der Verschleppung

Die politische Motivation der Verschleppung beruht in erster Linie auf Erscheinungen innenpolitischer bzw. gesamtkoreanischer politischer Natur, die gleichzeitig im Zusammenhang mit der Außenpolitik stehen:

- a) die Präsidentschaftswahl in Südkorea vom Mai 1967;
- b) die Auswirkung des „Normalisierungsvertrags“ zwischen Südkorea und Japan 1965;
- c) die neue Entwicklung in Nordkorea;

Vorwegzunehmen wäre, daß die oben erwähnten Aspekte im Grunde miteinander verkoppelt sind und die ganze Sache sich in der politischen Sphäre des Vietnamkriegs bewegt, dessen Entwicklung für die Herrschenden in Südkorea außerordentlich beunruhigend ist. Denn „die Koreaner in Seoul haben verzweifelt erleben müssen, wie die Kräfte der amerikanischen und südkoreanischen Armeen im Vietnamkrieg allmählich zerfressen werden“.³⁾ Die Herrschenden in Südkorea waren auf Grund dieser und anderer Tatsachen in einer unsicheren Situation denn je zuvor!

Die Präsidentschaftswahl

Mittels eines Militär-Putsches ergriff am 16. Mai 1961 General *Park Chung-hi* die politische Macht in Südkorea und nannte sein Regime „revolutionäre Regierung“ — sicherlich nicht ohne Selbstironie —, und zwar in einer Situation, in der die demokratischen Kräfte in Südkorea einigermaßen frei zu atmen und sich zu entfalten begonnen hatten. Die „revolutionäre Regierung“ beseitigte sogleich alle ihre politischen Gegner und sperrte Hunderte von Politikern, die sich für einen kulturellen und postalischen Austausch mit Nordkorea einsetzten, gnadenlos ins Gefängnis. Mit dieser Maßnahme wurden die gleichen politischen Zustände wie die unter dem *Rhee-Regime* wiederhergestellt.

Um ihr Ansehen in der „freien“ Welt nicht zu schädigen und um die inneren Unruhen in Südkorea, die durch den Putsch verursacht worden waren, sich nicht zuspitzen zu lassen, drängte die US-Regierung, auch angesichts der Entwicklung in Südvietsnam, die neuen Machthaber in Seoul maßzuhalten und den Anschein einer „freiheitlichen Demokratie“ in Südkorea nicht zu zerstören. Die südkoreanischen Offiziere sollten zum mindesten ihre Uniformen mit Zivilkleidung vertauschen und sich in einer politischen Partei formieren. Aus verständlichen Gründen — kein Machthaber in Südkorea kann ohne die Unterstützung der USA seine Position länger als zwei Wochen halten — erfüllten die Militärs in Südkorea die Wünsche ihrer Schirmherren und gründeten im Jahre 1963 eine „demokratisch-republikanische“ Partei — eine Mischung von Militär- und restaurativen Kräften —, um eine Präsidentschaftswahl vorbereiten zu können. Nach der ersten Wahl seit dem Sturz Rhees regierte der Ex-General Park mit der „revolutionären Regierung“ das Land nach militaristischen Prinzipien.

Gemäß der südkoreanischen „Verfassung“ mußte sich die Regierung im Frühjahr 1967 abermals bestätigen lassen, was sie diesmal ausnahmsweise gern tat. Denn auf Grund einer gewissen wirtschaftlichen Stabilität in Südkorea⁴⁾ (Bruttosozialprodukt + 10 vH, Preissteigerung 10 vH), die zum erstenmal in der südkoreanischen Geschichte seit 1945 vorgekommen ist, hoffte Präsident Park auf einen großen Wahlerfolg, damit die tiefverwurzelten Konflikte in der südkoreanischen Gesellschaft und im Staat, die Unruhe veranlassen konnten, zeitweilig verschleiert werden konnten. Das Ergebnis der Wahlen vom 11. Mai 1967⁵⁾ war für den Ex-General Park äußerst besorgniserregend. Er errang zwar 51,4 vH der Stimmen, aber er hatte einen viel stärkeren Gegner, *Yun Po-Son*, als er erwartete (Yun erzielte 41 vH), insbesondere in den Städten (Yun 49 vH, Park 46 vH). Die Regierung hatte sich darüber hinaus noch den Vorwurf gefallen lassen müssen, sie habe die Wahl in den ländlichen Gegenden manipuliert und die Wahlergebnisse verfälscht.

3) US News & World Report vom 24. Februar 1968.

4) Allerdings infolge des grausamen Vietnamkrieges! Hinzu kommt: Das enorme Problem der Arbeitslosigkeit in Südkorea ist dadurch verschleiert worden, daß die Regierung über 5000 Arbeitskräfte — billige Arbeitskräfte — in die BRD in Bergwerke und Krankenhäuser schickt! Schätzungsweise sind etwa 20 vH dieser „Gastarbeiter“ Akademiker, die in Südkorea keine Arbeit fanden. Im Vergleich zu der Entwicklung in Nordkorea scheint dieser südkoreanische wirtschaftliche Aufschwung ein bescheidener Anfang zu sein. Die Nordkoreaner haben nämlich einen wirtschaftlichen Konsolidierungsprozeß schon hinter sich und betreiben seit 1965 eine expansive Wirtschaftspolitik in den neutralen Ländern Asiens, in Sorge vor Überproduktion.

5) Soon Sung Cho, Election Year, in: Asian Survey, Band VIII, Nr. 1, 1968.

Die am 8. Juni 1967 stattgefundene Wahl zur Nationalversammlung wurde dagegen ein Sieg der Regierungspartei — die Demokratisch-Republikanische Partei erhielt angeblich 50,6 vH, die oppositionelle Neudemokratische Partei lediglich 36,7 vH der Stimmen. Unmittelbar nach der Bekanntgabe dieses Wahlergebnisses fanden in den Großstädten heftige Demonstrationen, wie im Jahre 1960 in den letzten Tagen des Regimes Rhee statt. General Park sah sich interessanterweise veranlaßt zuzugestehen, es sei in 9 der 131 Wahlkreise insbesondere auf dem Land, zu „Unregelmäßigkeiten“ gekommen. Die Forderungen der Opposition — Neuwahl — ignorierte der neu „gewählte“ Präsident rundweg. Stattdessen suchte er einen Buhmann, um „Ordnung und Ruhe“ in Südkorea aufrechtzuerhalten. Durch die „Zerschlagung der nordkoreanischen“ Untergrundorganisation im In- und Ausland, ist die Unruhe, verursacht durch die Wahlfälschung, völlig in Vergessenheit geraten, mindestens vorläufig.

Geht man den eigentlichen Gründen des Wahlmißerfolgs der Regierenden in Südkorea nach, die ihrerseits als Ursachen für die reaktionär-faschistischen Maßnahmen der „revolutionären“ Regierung gelten können, so berührt man zwangsläufig den Aspekt der Auswirkung des Normalisierungsvertrags zwischen Südkorea und Japan, der wiederum die jüngste politische Entwicklung im Norden stark beeinflußt, was seinerseits für die politische Entwicklung in Südkorea auch nicht ohne Wirkung bleibt.

Der Normalisierungsvertrag zwischen Japan und Südkorea

Ein wesentlicher Grund, weshalb der alte Präsident Rhee den Amerikanern nicht gefallen hatte, war: Der pro-amerikanische Präsident war sowohl gegen den Kommunismus wie gegen die Japaner, worauf sich die Amerikaner keinen Reim machen konnten. Die „Normalisierung“ der Beziehungen zwischen Japan und Südkorea scheiterte an der Hartnäckigkeit Rhees, welche der amerikanischen Politik im Pazifik ein Dorn im Auge war. Die US-Politiker haben u. a. deshalb die „revolutionäre“ Regierung in Südkorea geduldet, weil sie die Beziehung mit Japan zu „revolutionieren“ gedachte, und zwar zuungunsten der Koreaner.

Unter dem Druck der US-Regierung, ungeachtet des außergewöhnlich starken Widerstands der südkoreanischen Bevölkerung, geführt von den Studenten und Intellektuellen — man hatte insgesamt 70 Tage demonstriert —, unterzeichneten die Vertreter der japanischen Regierung und der südkoreanischen Militärs am 22. Juni 1965 den „Normalisierungsvertrag“, in Kraft getreten am 18. 12. 1965^{5a)}. -Das Ergebnis:

a) Japan erkennt die südkoreanische Regierung als einzig „rechtmäßige“ Regierung in Korea an.⁶⁾

b) Anstatt der Reparationsentschädigung, von Rhee auf 800 000 000 US-Dollars veranschlagt, gibt die japanische Regierung Südkorea „Entwicklungshilfe“ in Form japanischer Produkte und technischer Hilfe im Wert von 300 000 000 US-Dollars, im Laufe von 10 Jahren.

c) Die Zollbarriere, die von Rhee gegen die japanische Einfuhr gerichtet war, ist nun weitgehend aufgehoben.

d) Japan erhöht seine Exporte nach Südkorea, die 1966 202 000 000 US-Dollar betragen, die somit den südkoreanischen Markt weitgehend beherrschen.^{6a)}

5a) Vertragstext in: Korean Annual, Seoul 1966, S. 383.

6) Wie pervers dieser Vertrag im Grunde ist, zeigt sich daran, daß Japan nur den Teil Koreas als „rechtmäßig“ anerkennt, der die Rechtsbarkeit mißachtet und solche faschistischen Methoden sich zu eigen macht, die die Japaner im zweiten Weltkrieg übertreffen. Gleichzeitig stellt Japan diejenige Regierung in Korea als non-existent hin, die eine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit ohne gleichen verkörpert, auf die nicht wenige Japaner neidisch blicken!

6a) Vgl., Weltwirtschaft am Jahreswechsel in Korea, in: Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, 16. Jg., Nr. 16, Frankfurt/M., Dez. 1966.

CHARLES T. Z. CHUNG

e) Erwägung eines „Sicherheitspakts“ zwischen den beiden Ländern gegen die „kommunistische Aggression“ in Asien.

f) Japaner übernehmen in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht weitgehend die Rolle der Amerikaner in Südkorea.

Für die Südkoreaner, insbesondere für die junge Intelligenz, ist dieses Abkommen eine unerträgliche Verletzung des koreanischen Nationalstolzes. Man protestierte und demonstrierte deswegen dagegen; man befürchtet eine Rekolonialisierung durch die Japaner in Südkorea.

Japan verfolgt mit diesem Abkommen mehrere Zwecke: die Wiedervereinigung Koreas zu verhindern⁷⁾, sich eines weiteren Absatzmarkts in Asien zu versichern, nationale Sicherheit gegen die „kommunistische Aggression“ auszubauen und seine politische und wirtschaftliche Stellung in Südostasien zu befestigen.

Für die Nordkoreaner gilt dieses Abkommen als „verbrecherischer Vertrag“, nicht wegen der Entwicklungshilfe, die die Entschädigung ersetzt, sondern wegen der juristischen Schlußfolgerung aus diesem Vertrag — für Japan ist Nordkorea seitdem nonexistent; ferner weil die japanischen Streitkräfte, „die größten Feinde unserer Nation“⁸⁾, Südkorea wieder in Besitz nehmen und gegen Nordkorea eingesetzt werden könnten und Südkorea durch diesen Vertrag de facto wieder japanische Kolonie wird, folglich die Wiedervereinigungspolitik Nordkoreas erschwert wird. Man ist ferner durch die verstärkte Remilitarisierung in Japan seit 1965 äußerst beunruhigt.⁹⁾ Wie ernst die Nordkoreaner diesen Vertrag zwischen Südkorea und Japan nehmen, ist daraus ersichtlich, daß beinahe in allen von *Kim Ilsong* gehaltenen Reden (seit 1965) die Verurteilung dieses Abkommens an erster Stelle steht, welche sodann als Ausgangspunkt aller jüngsten nordkoreanischen politischen Maßnahmen dient.

Die Neuentwicklung der Politik in Nordkorea

Als ausschlaggebend für die Neuorientierung der nordkoreanischen Politik gilt freilich nicht nur das Zustandekommen des Normalisierungsvertrags (zeitlich fällt diese Neuorientierung mit der Kubas und Nordvietnams zusammen. Sicherlich nicht durch Zufall). Der Normalisierungsvertrag zwischen Südkorea und Japan gilt dennoch als bestimmender Faktor in der Struktur der Neuorientierung, die nationalen Tendenzen ausgesprochen Nachdruck verleiht. Mit anderen Worten, die nordkoreanischen Politiker setzen alles daran, die Vertiefung und Festigung der südkoreanisch-japanischen „Freundschaft“ zu stören. Man versucht dabei alle möglichen Kräfte inner- und außerhalb Koreas zu mobilisieren, um die Ausführung dieses Vertrags zu verhindern, was den südkoreanischen Intellektuellen nicht unsympathisch zu sein scheint. Um die Südkoreaner zu beeindrucken, demonstriert man eine betont selbstbewußte Innen- und Außenpolitik und nimmt auch Risiken in Kauf.¹⁰⁾ Gleichzeitig intensiviert man die Ausbildung der Partisanen aus dem Teil der Bevölkerung in Nordkorea, dessen Heimat sich ursprüng-

7) Soon Sung Cho, Japan's two Koreas Policy and the problem of Korean Unification, in: Asian Survey, Band VII, Nr. 10, 1967.

8) Kim Ilsong, For the independent Unification of Korea, a.a.O., S. 140.

9) Matsueda/Moore, Japan's shifting attitudes towards the Military —Mitsuya Kenkyu and the self-defense Forces, in: Asian Survey, Band VII, Nr. 9, S. 614. In den Plänen der japanischen „Selbstverteidigungs-Streitkräfte“ steht u. a.: die Ausführung dieses Vertrags zu verhindern, was den südkoreanischen Intellektuellen nicht unsympathisch zu sein scheint. Um die Südkoreaner zu beeindrucken, demonstriert man eine betont selbstbewußte Innen- und Außenpolitik und nimmt auch Risiken in Kauf.¹⁰⁾ Gleichzeitig intensiviert man die Ausbildung der Partisanen aus dem Teil der Bevölkerung in Nordkorea, dessen Heimat sich ursprüng-

10) Glenn D. Paige, North Korea and the Emulation of Russian and Chinese Behavior in: Communist Strategies in Asia —A comparative Analysis of Governments and parties— hrsg. von A. D. Barnett, New York 1963.

10) Joseph C. Kan, North Korea: Between Moscow and Peking, in: The China Quarterly, 1967, Nr. 31.

HINTERGRÜNDE DER SÜDKOREANERVERSCHLEPPUNG

lich in Südkorea befindet. Man ruft „die gesamte patriotische Bevölkerung in Südkorea“ auf, „einen entschlossenen Kampf gegen den verbrecherischen Vertrag zu führen“.¹¹⁾ Um einen Zugang zur südkoreanischen Bevölkerung zu finden, versucht man „ein korrektes Verständnis des Sozialismus und Kommunismus zu vermitteln, um den Bauern, Arbeitern und den breiten Massen in Südkorea zu helfen, den Einfluß der anti-kommunistischen Ideen wegzuwerfen“.¹²⁾

Gleichzeitig nutzt man die militärische Schwäche der Südkoreaner und der USA geschickt aus und manifestiert seine Stärke und Entschlossenheit, um die junge Generation in Südkorea an sich zu ziehen. Der Erfolg der intensivierten Propaganda ist sichtbar. Er zeigt sich vor allem in dem Briefwechsel zwischen Kim Ilsong und dem Vorsitzenden des Institutes für Koreaforschung in Washington *Kim Yong-Jeung*¹³⁾. Um den Beginn des Emanzipationsprozesses in Südkorea hinsichtlich des Tabus Antikommunismus vor allem bei der Jugend zu verhindern, hat die „revolutionäre Regierung“ in Südkorea ein Alibi gesucht, die „gefährlichen Elemente“ unter den Intellektuellen zu liquidieren, um die ohnehin unruhige Jugend bei der Stange zu halten. Mittels der“ Denunziation, Diffamierung und Verleumdung versucht das bestehende Regime in Südkorea das Schreckensbild des „teuflischen“ Kommunismus aufrechtzuerhalten.

III

Wie bei der Betrachtung der politischen Hintergründe deutlich zu erkennen war, handelt es sich bei der Verschleppungsaffäre und den darauffolgenden Schauprozessen nicht um eine strafrechtliche Angelegenheit — es ist inzwischen eindeutig erwiesen, daß der angebliche Spionagering lediglich eine Floskel war —, sondern vielmehr um eine politische Vorbeugungsmaßnahme, um „unbequeme Elemente“ rechtzeitig zu liquidieren!

Es ist für einen demokratisch gesinnten Südkoreaner äußerst deprimierend, zu erfahren, daß ausgerechnet ein sozialdemokratischer Außenminister der bundesrepublikanischen Regierung für solch eine totalitär-faschistische politische Maßnahme des südkoreanischen Regimes Verständnis zeigt, indem er, trotz der eindeutigen Verletzung seitens der südkoreanischen Regierung der Souveränität der Bundesrepublik und des Völkerrechtes, keine geeigneten Maßnahmen getroffen hat. Das Argument, die auffällige Zurückhaltung der Bonner Regierung sei aus „realpolitischen Gründen“ zu verstehen, entbehrt jeder Grundlage, es sei denn, Bonn ist von Washington unter Druck gesetzt worden, die faschistische Arroganz der südkoreanischen Regierung zu dulden, um die Position der USA in Südkorea nicht zu gefährden. Wenn die Bundesregierung diese Affäre nicht umgehend zu klären sucht, so kann sie den Verdacht nicht zerstreuen, sie sei nicht daran interessiert, ihre Souveränität zu verteidigen, ihre Entspannungspolitik konsequent durchzuführen; Wert auf Rechtstaatlichkeit zu legen und die Demokratisierung in Asien zu fördern. Sie wäre dann vielmehr daran interessiert, einseitig für die unzulängliche US-Politik in Asien Partei zu nehmen.

Für die künftige Entwicklung in Asien kann diese Bonner Haltung von verheerender Konsequenz sein. Wäre es für die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik nicht möglich, eine andere Politik als die des reaktionären Regimes, das sich faschistische Methoden zu eigen macht, zu unterstützen und somit den kalten Krieg in Asien zu verschärfen?

11) Kim Ilsong, For the independent Unification of Korea, a.a.O., S. 113.

12) Kim Ilsong, The present Situation and the tasks of our Party, Pyongyang 1966, S. 115.

13) Die Briefe wurden ausgetauscht am 12. 11. 1966 und am 4. 1. 1967.